

Die Milchkrise ist politisch gewollt

Wie die EU Agrar- und Handelspolitik bäuerliche Strukturen in Nord und Süd zerstört
Berit Thomsen

Der Milchpreis in Deutschland und auch in anderen EU-Ländern rutscht immer weiter ab. Erste norddeutsche Molkereien zahlen unter 20 Cent pro Kilo Milch. Die Produktionskosten liegen bei mehr als 45 Cent pro Kilo Milch. Die Folgen sind brutal. Im letzten Jahr mussten 3.200 Milchhöfe in Deutschland aufgegeben. In Litauen werden sogar nur noch acht bis 15 Cent je Kilo Milch ausgezahlt. Dem stehen im Schnitt 33 Cent Produktionskosten gegenüber. Auch im Schweinesektor sind die Preise ebenfalls seit geraumer Zeit stark gesunken und viele Höfe sind in ihrer Existenz bedroht.

Diese Krise kommt nicht von ungefähr. Die Ursache lässt sich am Milchsektor beispielhaft skizzieren. Politische Kräfte, die insbesondere die Interessen der exportorientierten Agrar- und Ernährungsindustrie vertreten, haben alles in die Wege geleitet, dass die bäuerliche Erzeugungsstrukturen jetzt derart am Boden liegen. Im April letzten Jahres ist die europäische Milchmengenbegrenzung (Milchquote) ausgetreten. Auf dem europäischen Milchmarkt gab es in den vergangenen Jahrzehnten eine Milchquotenregelung, die 1984 eingeführt wurde. Konkret ging es dabei um die Begrenzung der Milchmengen, die die Milchbauern und -bäuerinnen in der EU erzeugen durften. Die Milchquote wurde so ausgestaltet, dass Überschüsse für den Export vorhanden waren, was im Interesse der exportorientierten Molkereien war. Bezüglich dessen kommt der Europäische Rechnungshof¹ zu dem Schluss, „dass die Milchquoten die Produktion durch strengere Regelungen zwar eingeschränkt haben, jedoch im Vergleich zur Aufnahmefähigkeit des Marktes lange Zeit zu hoch waren. Die durch die Quote festgelegte Produktionsmenge lag dadurch etwa 10 Prozent über dem Verbrauch in Europa.“

Aber diese Überschüsse schienen den exportorientierten Interessen in Wirtschaft und Politik noch nicht genug. Dem Amtsblatt der Europäischen Union ist zu entnehmen: „Die Einführung der Quoten war eine Reaktion auf die Überproduktion; nun aber bremst die Quotenregelung das Produktionswachstum bei starker Binnen- und Außennachfrage. Unter diesen Gegebenheiten wirken die Quoten der Marktorientierung entgegen, da die Landwirte nicht angemessen auf Preissignale reagieren, und sie verhindern Effizienzgewinne, indem sie den Strukturwandel verlangsamen.“² Die Quote stand der für die massive Exportorientierung notwendigen Produktionssteigerung im Wege. 2008 beschlossen die EU-Mitgliedsstaaten, die

Milchquotenregelung am 31. März 2015 auslaufen zu lassen. Ergebnis dieser Politik, gespickt mit finanziellen Anreizen zum Bau größerer Ställe, ist eine dauerhafte Überproduktion, was zu einem ständigen Druck auf die Erzeugerpreise führt und die Existenz bäuerlicher Betriebe hier und in den Zielländern gefährdet. Der oben beschriebene Strukturwandel bedeutet, so zeigt es auch die aktuelle Praxis, eine massive Aufgabe von kleineren und bäuerlichen Höfen.

Der Export boomt. In nur vier Jahren haben sich die Exporte von Milchpulver aus der EU fast verdoppelt auf 7,8 Millionen Tonnen Milchäquivalent im Jahr 2014, also der für die Herstellung von Voll- und Magermilchpulver benötigten Menge Milch. Das besagt die Studie „Billiges Milchpulver für die Welt“³, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und Germanwatch. Die Exporte nach Afrika südlich der Sahara nahmen in demselben Zeitraum um mehr als ein Viertel zu. Insgesamt wurden 1,24 Millionen Tonnen gemessen in Milchäquivalenten in diese Region der armen und am wenigsten entwickelten Länder exportiert. Auch die jährlichen Exporte von mit Pflanzenfett angereichertem Magermilchpulver, das vor allem Konsument/innen mit niedrigem Einkommen anspricht, haben sich in den letzten zehn Jahren auf über 700.000 Tonnen verdoppelt. Davon werden 256.000 Tonnen jährlich nach Afrika südlich der Sahara exportiert, der größte Teil davon wiederum nach Westafrika. Mit dieser Menge können – auf niedriger Qualitätsstufe – etwa 1,6 Millionen Tonnen Frischmilch ersetzt werden. Die Tatsache, dass die Milch in Europa mittlerweile so billig ist, hat auch dazu geführt, dass die EU in der WTO leicht ihr Versprechen einlösen konnte, die Exportsubventionen ab sofort zu verbieten. Für andere Produkte wie Schweinefleisch geht dieser Trend in dieselbe Richtung. Hier wurden allerdings Übergangsfristen für den Export von Schweinefleisch bis 2020 festgelegt. Das zerstörerische System des Immer mehr Produzierens, wird von der Handelspolitik also zusätzlich flankiert.

Für die anschwellenden Überschüsse braucht es vermehrt Absatzmärkte auf

- 1 Europäischer Rechnungshof (2009): Haben die Marktsteuerungsinstrumente für den Markt für Milch und Milcherzeugnisse ihre wichtigsten Ziele erreicht?. Sonderbericht Nr. 14. http://europa.eu/rapid/press-release_ECA-09-63_de.htm.
- 2 Verordnung (2001) VERORDNUNG (EG) Nr. 72/2009 des Rates vom 19. Januar 2009 zur Anpassung der gemeinsamen Agrarpolitik (...), Amtsblatt der Europäischen Union: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32009R0072&from=de>
- 3 Reichert, Tobias, Leimbach, Johannes (2015): Billiges Milchpulver für die Welt: Das Auslaufen der EU-Milchquote und die Milcherzeugung und -exporte in Deutschland und der Welt. <https://germanwatch.org/de/download/13255.pdf>.

dem Weltmarkt. Marktöffnung und Abbau von Standards, die ggf. den Handel stören, sind die Maxime der deutschen und europäischen Handelspolitik. Auch vor den ärmsten Ländern macht die EU-Politik nicht halt. Die sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) zwischen der EU und den ärmsten Ländern der Welt schreiten voran.

Aktuell liegen weitgehende Handelsverträge zur Liberalisierung zwischen der EU und westafrikanischen Ländern auf dem Tisch, die noch in den Ländern ratifiziert werden müssen. „Die Konzentration auf eine umfangreiche und auf Gegenseitigkeit beruhende Marktliberalisierung werde „weitreichende Auswirkungen“ auf die Entwicklung der afrikanischen Länder, auf Armut und Arbeitsplätze haben“ warnt die Leiterin der in Kampala (Uganda) ansässigen regionalen Nichtregierungsorganisation „Southern and Eastern African Trade Information and Negotiations Institute“ (SEATINI), Jane S. Nalunga. Zudem würden diese Abkommen den Aufbau des interregionalen Handels in Afrika erschweren. Nalunga führte aus, dass der Zugang zum europäischen Markt für die afrikanischen Staaten schwierig bleiben werde, etwa weil die EU ihre Industrien zum Teil stark subventioniere. Die landwirtschaftliche und industrielle Produktion auf dem Kontinent würde aber auch gefährdet, weil die Schutzmechanismen in den Abkommen zu schwach ausformuliert seien. So seien landwirtschaftliche Produkte vom Freihandel zwar weitgehend ausgenommen, nicht jedoch verarbeitete Produkte wie Tomatenmark oder Milchpulver. Dies führt dazu, dass immer mehr verarbeitete Produkte aus der EU afrikanische Länder überschwebmen und dort den Aufbau einer eigenen Weiterverarbeitung hemmen. Soweit zu den bilateralen Handelsbemühungen.

Multilateral hat die EU während der jüngsten Verhandlungsrunde in der Weltorganisation (WTO) im Dezember 2015 durchgesetzt, dass die Doha-Entwicklungsrunde der WTO abgebrochen wird. Diese hatte u.a. vorgesehen, dass Entwicklungsländer Ausnahmen genießen sollen, wenn es um Marktöffnung geht. Zwar reichen solche Zugeständnisse lange nicht für ein faires Handelsmodell aus, dennoch zeigt die Absage der EU, dass jegliche Interessen an Fairness gegenüber armen Ländern hinter Konzerninteressen gestellt werden.

Diese Exporte bringen afrikanische Milchbauern in Existenznöte. Molkereiunternehmen wie Arla, FrieslandCampina und Danone investieren in die Milchverarbeitung in Westafrika und verarbeiten oftmals vermehrt das billige Milchpulver. Hingegen arbeiten lokale Kleinstmolkereien eng mit den heimischen Erzeugern zusammen sowie verarbeiten und vermarkten deren Milch weiter. Ihre Vermarktungsstrukturen können mit der Billigkonkurrenz etwa der europäischen Molkereien oder aber auch inländischer wachsender Molkereistrukturen

kaum konkurrieren. Misereor weist darauf hin, dass in Burkina Faso insbesondere die Frauen von nomadischen Viehhirten auf den Milchverkauf als Einnahmequelle angewiesen seien. Durch die Konkurrenz mit europäischem Milchpulver verlieren die Viehhirten ihre Existenzgrundlage. Die Ernährungssoveränität dieser Familien werde untergraben, jungen Menschen fehle es an beruflichen Perspektiven und sie sehen zum Teil keine Zukunft mehr in ihrem Land. Letztlich seien die nomadischen Viehhirten in Burkina Faso, so Wilhelm Thees, Agrarexperte bei Misereor, ein Beispiel dafür, wie sich durch eine immer ausweglosere ökonomische Situation Menschen radikalieren oder zur Flucht veranlasst sehen könnten – auch über das Mittelmeer nach Europa.⁴

Intensivierung und Marktöffnung dominieren auch die agrarpolitische Agenda bei dem umstrittenen Projekt eines Freihandelsabkommens der EU mit den USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP). Sowohl in der EU als auch den USA würden die noch eher bäuerlich strukturierten Teile der Landwirtschaft unter den im Rahmen von TTIP geplanten Zollsenkungen und Marktöffnungen leiden, wobei die Strukturen in der EU noch wesentlich bäuerlicher und ökologischer geprägt sind als in den USA. Auch mit der geplanten „regulatorischen Kooperation“, d.h. der Angleichung von Produktions- und Verbraucherschutzstandards droht mit TTIP eine Qualitätserosion. In der EU würde z.B. der Druck auf die hormonefreie Erzeugung von Fleisch und Milchprodukten, eine weitestgehend gentechnikfreie Lebensmittelproduktion oder eine Oberflächenbehandlung für Schlachtkörper mit organischen und chemischen Substanzen (Stichwort Chlorhühnchen) steigen.⁵

Die Folgen sind auch für die Umwelt fatal. Durch den Strukturwandel gehen Betriebe ins Größenwachstum und verdrängen sich gegenseitig. Der Ausbau der immer intensiveren landwirtschaftlichen Produktion beeinträchtigt die Umwelt und wirkt sich direkt auf die Qualität von Böden, Luft und Wasser aus. Denn die Milchviehhaltung wächst in einigen Regionen an und wird an anderen Orten eingestellt. Das hat auf die jeweiligen Regionen Auswirkungen: in den „Wachstumsregionen“ verschärfen sich die Nährstoffüberschüsse. In den Mittelgebirgsregionen, in denen die Milchviehhaltung aufgegeben wird, geht mit der Milchviehhaltung die wichtigste wirtschaftlich relevante Nutzung des Grünlands verloren. Da hier die Nutzflächen aber angestammtes Grünland sind, bedeutet das Aufgeben der Milchviehhaltung häufig auch einen erheblichen Verlust an Wertschöpfung aus der Landwirtschaft. Dadurch droht die

Weidehaltung immer weiter zurückgedrängt zu werden.⁶ Diese ist aber maßgeblich für die biologische Vielfalt, die Bodenqualität, das Landschaftsbild, den Klimaschutz und als Wasserspeicher.

Forderungen:

Politische Entscheidungsträger und exportorientierte Molkereien haben lange Zeit unisono auf die Exportchancen verwiesen und damit die Milchmarktkrise in ihrem Abwärtstrend maßgeblich mit verantwortet. Die jüngste Agrarministerkonferenz (April 2016) in Deutschland oder auch die französische Regierung und jetzt sogar EU-Agrarkommissar Hogan zeigen richtungsweisende Maßnahmen auf, um die erzeugte Menge wirksam zu reduzieren und so das preisdrückende und existenzzerstörende Überangebot gezielt abzubauen. Aber Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt mit Unterstützung der Bundesregierung blockiert. Zwar übernimmt er Phrasen der Milchbauernbewegung, aber im Kern schindet er Zeit und riskiert dadurch, dass noch mehr Höfe ausbluten. Die Forderungen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft liegen auf dem Tisch:

Mengenreduzierende Maßnahmen etablieren:

- MilcherzeugerInnen und Molkereien sind zum Handeln aufgefordert. FrieslandCampina und andere Molkereien in Europa haben gezeigt, dass es geht. Große Molkereien müssen jetzt beispielhaft voran gehen und in einem Bonus-Programm den Milcherzeugern einen höheren Milchpreis auszahlen, wenn sie ihre Produktion begrenzen bzw. reduzieren. Die EU, der Bund und die Länder sind aufgefordert, diese Maßnahme zu unterstützen, etwa durch Angebote an die Molkereien zur Zwischenfinanzierung⁷.
- Die kurzfristigen Maßnahmen der Mengenreduzierung müssen weiterentwickelt werden in eine europaweite Krisenprävention. Wenn sich bei der Marktbeobachtungsstelle der EU-Kommission ein Preisverfall durch Überproduktion ankündigt, sind mittels eines Bonus-Malus-Systems Produktionsbegrenzungen herbeizuführen. Betriebe, die weniger liefern, werden honoriert und Betriebe, die in dieser Phase weiterhin zur Überproduktion beitragen, müssen eine Abgabe zahlen.

6 Statistischem Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2014. <http://www.bmelv-statistik.de/de/statistisches-jahrbuch/>

7 Die Praxis zeigt, dass es geht. FrieslandCampina, eine der größten europäischen Molkereien, hat Anfang dieses Jahres eine befristete Bonuszahlung an die Lieferanten ausgezahlt, die ihre Menge nicht ausdehnen, sondern konstant halten bzw. reduzieren. Die Bauern haben 2 Cent für jeden Liter gelieferter Milch mehr erhalten, wenn sie sich an diese Mengenvernunft gehalten haben. 60 % der Lieferanten haben teilgenommen. Auf betrieblicher Ebene kann die Menge begrenzt bzw. reduziert werden, indem etwa Kraftfutter in der Spitze reduziert wird und die Kälberfütterung auf Vollmilch umgestellt wird.

4 <https://www.misereor.de/presse/pressemitteilungen/das-milchpulver-ist-zu-billig/>

5 AbL (2015): TTIP und CETA: Angriff auf bäuerliche Landwirtschaft. http://www.abl-ev.de/fileadmin/Dokumente/AbL_ev/Welthandel/2015-03_TTIP_und_CETA_Angriff_auf_b%3%A4uerliche_Landwirtschaft.pdf

Qualitäts- statt Exportstrategie:

• Europa hat in der jüngsten WTO-Konferenz in Nairobi die fast gänzliche Abschaffung der Exportsubventionen zugestanden. Exportkredite sind hingegen weiterhin unter bestimmten Konditionen erlaubt, wurden aber bisher in der EU nicht angewandt. Die deutsche Bundesregierung hat in einer deutsch/französischen Erklärung angekündigt, auf Exportkredite zurückgreifen zu wollen. Das ist strikt abzulehnen. Exporte von billigen Überschüssen, zudem noch künstlich verbilligt mittels Exportkrediten, erreichen vornehmlich arme Länder dieser Welt und können dort empfindlich die lokalen Milchmärkte stören.

- Vielmehr ist in Deutschland und EU-weit die Erzeugung von Qualitätsprodukten zu fördern. Dazu gehören u.a. gentechnikfreie Fütterung, Kraftfutterreduktion in der Spitze, echte Weidemilchprogramme, Erzeugung von Heumilch oder Langlebigkeit von Kühen.

Jetzt müssen alle Beteiligten ihre Marktverantwortung übernehmen. Dazu gehören die Bäuerinnen und Bauern und ihre Molkereien. Bisher wehren die Molkereien, unter ihnen auch die größte deutsche Molkerei Deutsches Milchkontor (DMK) ab, eine Verantwortung für den Markt und ihre Lieferanten zu übernehmen. Sie sind nicht bereit, kurzfristige Maßnahmen zu übernehmen und machen

damit nochmal mehr deutlich, dass sie keine Verantwortung für ihre Lieferanten, den Bauern und Bäuerinnen, übernehmen. Es braucht jetzt auf EU-Ebene obligatorische kurzfristige Kriseninstrumente streiten und europaweit langfristige Maßnahmen zur Krisenprävention initiieren. Nur daran lässt sich messen, ob Landwirtschaftminister Schmidt wirklich die Krise beheben will oder weiter Phrasen dreschen.

Berit Thomsen ist Agrarreferentin bei der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL.)

Interview mit Ottmar Ilchmann**„Wir finanzieren den Molkereien ihre Weltmarkteroberungen“**

Ottmar Ilchmann ist Milchbauer in Niedersachsen und stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Er kämpft für eine andere Milchpolitik.

Thomsen: Sie haben bereits mehrfach Aktionen vor der größten Molkerei Deutsches Milchkontor (DMK) mitorganisiert und einmal sogar die Einfahrt für mehrere Stunden blockiert. Wieso demonstrieren Bauern und Bäuerinnen vor ihren Molkereien?

Ilchmann: Wir befinden uns in einer existenzbedrohenden Krise, seit über anderthalb Jahren sind die Milchpreise nicht mehr kostendeckend. Die Genossenschaftsmolkereien, die eigentlich den Bauern gehören, sind aber von der Krise kaum betroffen, denn sie geben die geringeren Erlöse einfach eins zu eins an ihre Lieferanten weiter. Sie weigern sich, die von der Politik geschaffenen Möglichkeiten zur Reduzierung der Menge zu nutzen, um dadurch den Preis wieder steigen zu lassen. Ihnen ist das Überleben ihrer eigenen Mitglieder und Lieferanten völlig egal. Deshalb ist es nur zu berechtigt, wenn Bäuerinnen und Bauern auf diesen Missstand hinweisen und vor den Molkereien demonstrieren. Eine besondere Verantwortung kommt hier dem DMK mit seiner marktbeherrschenden Größe zu, deshalb nehmen wir diese Molkerei besonders in die Pflicht.

Thomsen: Die Molkereien beklagen aber, dass der Export eingebrochen ist. Ist das nicht höhere Gewalt?

Ilchmann: Durch das Russlandembargo und den Nachfragerückgang in China

sind tatsächlich wichtige Märkte verloren gegangen. Aber gleichzeitig haben die Molkereien ihre Exporte in andere Regionen gesteigert, sodass die exportierte Menge im Krisenjahr 2015 sogar gestiegen ist. Kein Wunder, denn mit den extrem niedrigen Rohmilchpreisen ermöglichen wir Milcherzeuger den Molkereien ihre Exporterfolge! Wir finanzieren den Molkereien die Eroberung von Weltmarktanteilen, und wenn es uns den Hof kostet!

Thomsen: Der Deutsche Bauernverband gibt dem Lebensmitteleinzelhandel die Schuld. Immerhin hat Aldi vor einigen Wochen die Trinkmilchpreise auf 49 Cent heruntergeschraubt.

Ilchmann: Ein Milchpreis von unter 50 Cent, die billigsten Angebote gibt es mittlerweile für 42 Cent, ist unmoralisch und entwürdigend. Natürlich nutzen die großen Handelsketten ihre Marktmacht und die Übermengen an Milch knallhart aus, um die Molkereien im Preis zu drücken. Andererseits hätten sie ohne den Mengendruck gar nicht diese Verhandlungsposition. In den Boomjahren 2013 und 2014 haben sie ja auch anstandslos die wesentlich höheren Preise gezahlt. Es sind doch auch hier wieder die Molkereien, die die Menge gepusht haben und sie jetzt nicht senken wollen und die dem Lebensmitteleinzelhandel die unmoralisch niedrigen Angebote machen!

Thomsen: Warum ist diese Milchkrise so außergewöhnlich?

Ilchmann: Die Krise ist die längste in der neueren Geschichte der Milcherzeugung. 2009 war auch schlimm, aber da ging es nach neun Monaten schon wieder bergauf. Das ist sicher auch eine Folge des Ausstiegs aus der Milchquotierung. Wenn bei den niedrigen Preisen Milcherzeugern die Luft ausgeht und sie ihren Hof aufgeben, übernehmen Wachstumsbetriebe die Flächen und die Kühe und liefern die Milch weiter. Das hatte die Quote 2009 verhindert. Ungewöhnlich ist auch die Deutlichkeit, mit der Politiker, Agrarökonom*innen, Bauernverbandsvertreter und Molkereivertreter jetzt die „Marktberreinigung“ infolge der Krise gutheißen und sich zum Strukturwandel bekennen. Es wird inzwischen offen ein Übergang von einer bäuerlichen in eine industrialisierte Milchwirtschaft propagiert. Damit werden die Interessen der Bäuerinnen und Bauern und weitere Teile der Gesellschaft denen der Ernährungsindustrie untergeordnet.

Thomsen: Vielen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führte Berit Thomsen, AbL-Mitarbeiterin für internationale Agrarpolitik

Termine:

Am 16./17.7.2016 ist die Agrar Koordination zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft auf einem Stand bei der Altonale (Ökomeile) vertreten. Neben unseren Publikationen wird es hier eine Malaktion für Kinder mit besonderen Preisen geben. Mehr wird nicht verraten!

Vom 16.-18.9.2016 findest das zweite Biopoli Qualifizierungsseminar in Niederkauungen bei Kassel statt. Wir freuen uns über neue ReferentInnen mit agrarwissenschaftlichen oder ähnlichem Hintergrund.

Das Programm ist hier zu finden:
<http://www.agrarkoordination.de/start/>

Meldungen:

Die Agrar Koordination hat an dem Positionspapier „klimasmarte Landwirtschaft – Nein Danke!“ mitgewirkt. Das Papier kann auf der Homepage der Agra Koordination eingesehen werden. Es haben 20 Organisationen aus dem Entwicklungs- und umweltpolitischen Spektrum unterschrieben.

Burkina Faso verzichtet auf Gentech Baumwolle

Burkina Faso, das in den vergangenen Jahren als Gentechnik –Vorzeigeland für Baumwolle von Monsanto erhalten musste, hat einen mutigen Schritt getan und den Ausstieg aus dem Anbau beschlossen. Seit der Einführung der GVO Baumwolle, die aus politischen Gründen geschah, ist der Anbau ständig zurückgegangen, obwohl das Land bekannt war für die gute Baumwollqualität. Die Bauern stellten fest, dass die Faserlänge abnahm und der Ausbeute zurückging. Monsanto machte Wassermangel dafür verantwortlich, doch die Probleme hielten an. Die Baumwollbauern verlangen Schadensersatz in Höhe von 280 Mio. Dollar für Verluste seit 2010. Das wird Signalwirkung in andere Länder haben und zeigt: Um im Klimawandel gewappnet zu sein, braucht es nicht Gentechnik, sondern eine lokale, angepasste Agrarforschung. (nach Swiss Aid, 2/2016)

EU-Kommission verklagt Deutschland wegen Nicht-Einhaltung der Nitratrichtlinie

Die Europäische Kommission verklagt Deutschland vor dem Gerichtshof der EU, weil die Bundesregierung es versäumt hat, strengere Maßnahmen gegen die Gewässerverunreinigung durch Nitrat zu ergreifen. Dazu erklärt der Europaabgeordnete und agrarpolitische Sprecher der Grünen/EFA und Mitglied im Umweltausschuss im Europäischen Parlament, Martin Häusling: „Ich begrüße es, dass die EU-Kommission endlich das unsägliche, allein auf Verzögern und Hinhalten angelegte Spiel der Bundesregierung bei der Novellierung der Düngeverordnung unterbindet. Mit der Klage gegen Deutschland macht die Kommission unmissverständlich klar, dass die Bundesregierung viel zu wenig tut, um die Verunreinigung der Gewässer, z.B. durch Überdüngung aus der Massentierhaltung, endlich zu stoppen. Nun drohen saftige Strafzahlungen, weil Deutschland dieses akute Umweltproblem ignoriert.“

Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 28.04.16

Weitere 18 Monate für Glyphosat

Am 28.6.16 und damit nur knapp zwei Tage vor dem Auslaufen der aktuellen Glyphosat-Genehmigung, kündigte Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis die Verlängerung der Zulassung des Herbizids Glyphosat um 18 Monate an. Am 29.6.16 bestätigte die Europäische Kommission diese Entscheidung. Spätestens bis zum Ablauf der 18 Monate, also bis Dezember 2017, soll der Bericht der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) zu den möglichen Gefahren, die von dem äußert umstrittenen und hart umkämpften und Pestizid ausgehen, vorliegen. Die Chemikalienagentur basiert ihre Entscheidung auf Expertenmeinungen. Wichtig ist daher, dass sich viele kritische Experten an der öffentlichen Konsultation zur Klassifizierung von Glyphosat beteiligen, die nur noch rund 20 Tage bis zum 18. Juli 2016 läuft.

(Quelle: <http://pan-germany.org/>)



STOPPT DIE ÜBERMACHT DER MILCH-, FLEISCH- UND GENTECHNIKINDUSTRIE. FÜR FAIRE PREISE UND GERECHTEN HANDEL.

17. SEPT. 2016

Zeitgleich in Berlin, Frankfurt/Main, Hamburg, Köln, München oder Nürnberg, Leipzig und Stuttgart

AbL-Plakataktion auf Bauernhöfen

Jetzt kommt es auf die Bäuerinnen und Bauern an. Die bäuerliche, gentechnikfreie und qualitätsorientierte Erzeugung darf nicht den Interessen der Konzerne geopfert werden. Mit dem neuen Plakat der AbL soll im ländlichen Raum einerseits für die anstehenden Demonstrationen „Stopp TTIP und CETA“ mobilisiert werden. Zu den Plakaten werden regionale Demoflyer mitverschickt. Andererseits wird mit diesem Plakat auch die Meinung der Bäuerinnen und Bauern sichtbar. Das Plakat ist so konzipiert, dass nach der Demo der untere Teil mit Datum und Demoaufruf weggeknickt werden kann. Die Botschaft bleibt, die wetterfeste Produktion hält draußen mehrere Monate.

Jetzt aktiv werden und Widerstand leisten.

Sammelbestellungen des Plakats:

5er Rolle: 10 € / 50 € (Förderpreis).

10er Rolle: 20 € / 100 € (Förderpreis)

bei der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:

verlag@bauernstimme.de.

Impressum

6 Ausgaben im Jahr kosten € 10,80 (Lastschrift) inklusive Porto für den Versand im Inland. Für ein Auslandsabo stellen wir das erhöhte Porto in Rechnung.

Herausgeber: Forum für internationale Agrarpolitik FIA e.V. (gemeinnützig). Spendenquittungen werden ausgestellt.

Redaktion: Agrar Koordination, Sandra Blessin, Nernstweg 32, 22765 Hamburg,

Tel.: 040 39 25 26; Fax 040 399 00 629; info@agrarkoordination.de, www.agrarkoordination.de

Bankverbindung: Forum für internationale Agrarpolitik (FIA) e.V., GLS Bank IBAN: DE29 4306 0967 2029 5635 00

Druck: Druckwelten Hamburg, 100 % recycling Papier

ISBN: 978-3-9813497-2-6

